Einzelnummer 0,10 Goldmark.

Namslauer Stadtblatt.

Wöchentlich sechsmal erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

52. Jahrgang. **Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden** Fernsprecher 94.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 0,90 Goldmark. Postbezüge nur für den Kalendermonat. Offerten- und Auskunftsgebühr 10 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 10 Goldpfennig für Auswärtige 20 Goldpfennig im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 50 Goldpfennig. Schluß der Anzeigenannahme bis 10 Uhr vorm. am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. Für Anzeigen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Beilagegebühr nach Vereinbarung.

Nr. 69. | Verantwortlich für Schriftleitung: Franz Otto, Namslau. | Dienstag, den 24. Juni. | Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H. | 1924.

Zur steuerlichen Belastung der Landwirtschaft.

Jeder, der sehenden Auges den Gang der wirtschaftlichen Dinge verfolgt, weiß, daß es keine leere Phrase bedeutet, wenn man heute sagt, daß die Landwirtschaft ihre Steuern nicht aus dem Einkommen, sondern aus der Substanz bezahlt. Nimmt man sich die Mühe und rechnet sich einmal durch, welche Summen an übersehbaren Steuern von der Landwirtschaft aufzubringen sind, kommt man zu Resultaten, die auch denjenigen, der aus politischer Demagogie die Wahrheit verabscheut und dessen Hirn nur den Gedanken der „Erfassung der Sachwerte" kennt, nachdenklichst stimmen müßten. Nachfolgende Tabelle, die auf Grund der heutigen Steuergesetzgebung errechnete Zahlen bringt, zeigt zunächst einmal, wieviel Mark an Steuern pro Hektar Gesamtfläche auf den verschiedenen Ertragsklassen und in den verschiedenen Besitzgrößen zu zahlen sind:

Ertragsklasse	1	2	3	4	5
5 ha	42—58	33—41	18—31	13—16	8
10 „	44—62	35—42	22—33	15—20	12
50 „	56—78	42—54	25—40	17—23	15
100 „	60—82	48—59	27—46	19—25	16
500 „	61—84	49—60	30—47	22—28	19

Diese Zusammenstellung ist in vieler Hinsicht sehr interessant. Einmal gibt sie darüber Aufschluß, mit welchem Steuerbetrag die verschiedenen Größen- und Ertragsklassen pro Hektar und Jahr mindestens belastet sind. So hat z. B. ein 500 Hektar großes Gut auf der 1. Bodenklasse nicht weniger als 61 bis 84 Mark Steuern pro Hektar zu zahlen. Weiter zeigt die Tabelle, in welchem Verhältnis die geringen und guten Böden zur Steuer herangezogen werden und wieviel schärfer der größere Besitz im Verhältnis zum Kleinbesitz als Steuerträger herangezogen wird, ganz entgegen den unwahren Behauptungen der links orientierten Bauernbünde, die „Kleinen" zahlten mehr Steuern als die „Großen". Ausgegangen ist bei der Berechnung von den berichtigten Wehrbeitragswerten und dem gesetzlichen Abschlag für die seit 1913 eingetretene Ertragswertverminderung. Berücksichtigt worden sind bei dieser Aufstellung die Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Umsatzsteuer, die Rentenbankzinsen, die preußische Grundvermögenssteuer, einschließlich eines 150prozentigen kommunalen Zuschlages und die Kirchensteuer. Die Tatsache, daß absolut einwandfreies und unanfechtbares Zahlenmaterial geboten werden sollte, macht es erklärlich, daß sämtliche Zahlen auch bei den oberen Grenzen nur den jeweiligen Mindestbetrag angeben, der an Steuern aufzubringen ist. In Wirklichkeit ist das Steuersoll des laufenden Jahres ein noch höheres, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Einkommensteuerabschlußzahlung für 1923 und die 2. Brotabgabe, die am Anfang des Jahres 1924 zu zahlen waren, sind nicht berücksichtigt.

2. Die Umsatzsteuer, die man gewöhnlich mit etwa 1/2 Proz. des Wehrbeitragswertes annimmt, ist nur etwa mit dem halben Betrag, etwa 1/4 Proz. in Ansatz gebracht.

3. Bei der Berechnung der preußischen Grundvermögenssteuer ist der Katasterwert dem berichtigten Wehrbeitragswert gleichgesetzt, obwohl der Katasterwert in der Praxis vielfach noch über den Wehrbeitragswert hinausgeht und demzufolge auch die Grundsteuer höher anzusetzen wäre. Warum übrigens derselbe Grund und Boden für den Preußischen Staat einen anderen Wert haben soll als für das Deutsche Reich, ist nicht recht ersichtlich.

4. Die Kirchensteuer ist nur mit 6 Proz. der Einkommensteuer eingesetzt, obwohl sie in der Praxis oft drei- bis viermal so hoch veranlagt ist.

5. Verschiedene Kreis- und Gemeinde-Abgaben, Hundesteuer, die oft unberechtigte Hauszinssteuer u. a. sind wegen ihrer wechselnden Höhe ebenso unberücksichtigt geblieben, wie Schul- und Deichlasten, Beiträge zu den landwirtschaftlichen Verbänden usw.

6. Das in der Tabelle angegebene Steuersoll bezieht sich auf die Gesamtgutsgröße, also einschließlich Wege, Hofraum, Unland usw., so daß die bestellte Fläche einen dementsprechenden höheren Ertrag allein für Steuerzwecke aufbringen muß.

Rechnet man alle diese, nur im Einzelfall zahlenmäßig zu erfassenden Momente hinzu, so wird man nicht fehlgehen in der Annahme, daß die in der Tabelle angeführten Zahlen noch um mindestens 25 bis 30 Proz. zu niedrig gegriffen sind. Man kommt damit zu einer steuerlichen Belastung, die bereits in Friedenszeiten den gesamten Reinertrag absorbiert hätte, und um wieviel mehr erst jetzt, bei dem unvergleichlich starken Rückgang der Reinerträge aus den verschiedensten bekannten Ursachen heraus. Ermittelt man weiter, in welchem Verhältnis eine derartige steuerliche Belastung zu dem Vermögenssteuerwert der Grundstücke steht, so kommt man auf eine Belastung, die je nach Besitzgröße zwischen 1,7 und 3,1 Prozent schwankt. Bedenkt man, daß die Steuerlast aus den oben angeführten Gründen in Wirklichkeit noch höher ist als in der Tabelle angegeben und erwägt man weiter, daß die Vermögenssteuer- [illegible] sind und daher kaum den [illegible] entsprechen, so gelangt man ohne Uebertreibung zu dem Schluß, daß in einem Jahre 3 bis 4 Proz. des Vermögens weggesteuert werden. Demgegenüber gibt die amtliche, den „Sachverständigen" vorgelegte Denkschrift „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen" die Belastung der Landwirtschaft an Reichs- und Landessteuern nur mit 1,74 Prozent an!

Daß eine derartig hohe Belastung von 3 bis 4 Proz. nicht auf die Dauer tragbar ist, der Einsicht scheinen sich auch nicht die Regierungsstellen zu verschließen. Aber man scheint sich in dem Tempo, mit dem es in den Abgrund geht, gewaltig zu irren, nachdem nunmehr auch die bestgeleiteten Betriebe vor dem Erliegen stehen. Herr W. Jagwitz hat in der Schlesischen Zeitung vom 1. Juni die Schwierigkeiten geschildert, mit denen die Beschaffung der nötigen Barmittel für Steuerzwecke bei dem derzeitigen Preisstand verknüpft ist. Inzwischen nimmt die Pfändungswut der Finanzämter immer groteskere Formen an, Stundungsgesuche sind so gut wie in den Wind geschrieben, und dabei wäre jeder Landwirt froh, wenn er seine Steuerschulden vom Halse hätte, um dem Rattenschwanz von Verzugszuschlägen mit noch immer 120 Proz. Jahreszinsen (!) zu entgehen. An eine Verzinsung der etwa überzahlten Landabgabe denkt das Reich jedoch nicht. Das gleiche Recht für alle scheint darin zu bestehen, daß die gesamte Landwirtschaft das Recht hat, wenigstens gleichzeitig unter den Hammer des Versteigerers zu kommen. Der Anfang ist da! Dr. Bütow.

Theorie und Praxis.

„Grau, Freund, ist alle Theorie; grün ist des Lebens Baum." Jetzt muß es heißen: Schön, Freund, ist die Theorie, grau ist die Wirklichkeit! Nur einige Beispiele:

1. Im Artikel 145 der Reichsverfassung vom 11. August 1919, die am 14. August desselben Jahres in Kraft getreten ist, heißt es: Der Unterricht und die Lernmittel in den Volksschulen . . . . sind unentgeltlich. Schön ist die Theorie. — Und die Wirklichkeit? Auf eine Anfrage hat die Regierung zu Breslau erwidert, daß diese Bestimmung erst geltendes Recht wird, wenn ein Ausführungsgesetz dazu seitens des Reiches ergangen ist. Wann wird das kommen?

2. Im Artikel 153 derselben Verfassung heißt es: Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Und im Artikel 152: Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, sind nichtig. Das die Theorie. — Und die Wirklichkeit? Die dritte Steuernotverordnung erklärt 85 % des Eigentums für Diebstahl und nur 15 % werden dem Eigentümer gewährleistet. Sie hat das Rechtsbewußtsein des Volkes aufs tiefste verletzt und das Zutrauen zu unserer öffentlichen Rechtsordnung erschüttert.

3. Die neue Reichsregierung (nämlich der Rat der Volksbeauftragten) vom November 1918 hat den Sparern erklärt: Seid beruhigt wegen eurer Sparguthaben, Bankguthaben und Kriegsanleihen! . . . Der Garantieverband (Gemeinde, Kreis usw.) leistet Gewähr für die Sicherheit und pünktliche Rückzahlung. — So die Theorie? Und die Wirklichkeit? Nach § 16 der dritten Steuernotverordnung kann die Verzinsung und Einlösung von Anleihen des Reiches und der Länder bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen nicht gefordert werden. Wann werden sämtliche Reparationsverpflichtungen erfüllt sein?

4. Dieselbe Regierung vom November 1918 hat versprochen: Die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten . . . bleiben völlig unberührt und weiter in Kraft. So die Theorie? Und die Wirklichkeit? Die bekannten Abbauverordnungen.

Warum das uns? Man hat den „Friedensvertrag" von Versailles unterschrieben in der Meinung, es werde nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird, und in der Hoffnung, daß die Lüge von der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege bald vor der ganzen Welt als Lüge gebrandmarkt werden würde. Die Deutschen haben aus der Geschichte noch nichts gelernt. Ein Friedrich der Große handelte anders. Er schrieb am 28. August 1760: „Keine Ueberredung, keine Beredsamkeit wird mich dahin bringen, meine Schande zu unterschreiben. . . . Niemals wird meine Hand einen Frieden schließen, der mich erniedrigt." Und danach handelte er. Wir sind im November 1918 vom Imperialismus zum Idealismus gekommen und seitdem heißt es: Schön, Freund, ist die Theorie, grau ist die Wirklichkeit! R. in H.

Regierung und Streikrecht der Beamten.

Berlin, 21. Juni. Da die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten auf die Aufforderung des Reichsverkehrsministeriums, den § 2 ihrer Statuten, in dem das Streikrecht der Beamten vorgesehen ist, zu ändern, eine Antwort nicht erteilt hat, hat das Reichsverkehrsministerium die Gewerkschaft nochmals aufgefordert, den § 2 entweder seinen Wünschen entsprechend zu ändern oder ihm eine befriedigende Antwort bis spätestens zum 15. Juli zukommen zu lassen. Im anderen Falle müsse er die in seinem ersten Schreiben angedrohten Konsequenzen aus dem Verhalten der Gewerkschaft ziehen.

Ein deutscher Fremdenlegionär zum Tode verurteilt.

Paris, 21. Juni. Das französische Kriegsgericht in Oran hat den Deutschen Karl Hoil, der in die Fremdenlegion eingetreten war, und seinen Mitangeklagten, André Roé, zum Tode verurteilt. Hoil wird beschuldigt, am 18. Juni 1923 einen Eingeborenen, der mit seiner Bewachung im Strafgefängnis in Boßnet beauftragt war, überfallen und getötet zu haben.

Die Gefangenen von St. Martin de Ré.

Köln, 21. Juni. Der Generaldelegierte des deutschen Roten Kreuzes für das Rheinland teilt mit: Laut mir eben zugegangener Nachricht werden die bisher in St. Martin de Ré in Frankreich internierten deutschen Gefangenen heute nachmittag in das Gefängnis in Zweibrücken eingeliefert.

Die neue Regierung Albaniens.

Nach Meldungen aus Athen besteht die in Valona durch Monsignore Fan Noli gebildete neue albanische Regierung aus vier Mitglieder, zwei Christen und zwei Muselmanen. In Tirana, wohin die Regierung am 19. Juni übersiedelte, kamen noch zwei Regierungsmitglieder als Vertreter der Regentschaft hinzu, und zwar der Führer der Revolution Prenzk, ein Orthodoxer, und der Katholik Dschumba. Trotz der Erfolge der Aufständischen bleibt die Lage verworren, da die Gegensätze zwischen dem Süden und dem Norden groß sind. Der Widerstand Achmed Zogus in den Bergen wächst zu einer regelrechten Gegenrevolution an.

Deutschnationale Anträge zu Beamtenfragen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgende Anträge eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die gegenwärtige Neuregelung der Beamtengehälter dahin zu ergänzen, daß 1. für die Beamten der niedrigen Gehaltsstufen durch eine den notwendigen Lebensbedürfnissen Rechnung tragende Erhöhung der Bezüge der erforderliche Ausgleich geschaffen wird, 2. die sozialen Zulagen (Frauen und Kinderzulage) allgemein erhöht werden.

Der Reichstag wolle beschließen: 1. die Beamtenabbauverordnung vom 27. Oktober 1923 einschließlich der darin enthaltenen Bestimmungen über die Pensionskürzungen wird aufgehoben, 2. die Regierung wird ersucht, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unter Wahrung der Grundrechte der Beamten diejenigen Vorschriften der bisherigen Verordnung zusammenfaßt, die für die Zukunft noch unentbehrlich sind.

Der Reichstag wolle beschließen, 1. den Witwen von Ruhegehaltsempfängern ein Witwengeld auch dann zu gewähren, wenn die Ehe nach der Versetzung in den Ruhestand geschlossen ist, 2. bei den Beamtenwitwen, die sich wieder verheiraten, für die Zeit ihrer Wiederverheiratung die Witwenpension nur ruhen zu lassen.

Der französische Raubbau in den pfälzischen Forsten.

Die Klagen der Holzverarbeitenden Industrie der Pfalz über die Formen der Nutzung und Verwertung des Holzanfalls in den von den Franzosen beschlagnahmten Staatswaldungen der Pfalz durch die französische Forstregie haben sich in der letzten Zeit noch mehr verstärkt, seit die französische Forstregie zu nichtöffentlichen Verkäufen größerer Holzbestände übergegangen ist. Auch durch die Art der von der französischen Forstregie betriebenen Holznutzung wird die Zukunft der einst so blühenden Pfälzer Holzindustrie infolge der Vernichtung ihrer örtlichen Rohstoffquellen aufs schwerste gefährdet. Nach vorsichtigen Schätzungen sind seit der im Januar 1923 erfolgten Beschlagnahme der Staatswaldungen in der Pfalz, die 1000 Quadratkilometer Bodenfläche bedecken, etwa das Dreifache des normalen Holzanfalls und im Gesamtwert etwa das Sechsfache des normalen von der französischen Forstregie gefällt worden. Dieser Raubbau bedeutet den Ausverkauf der gesamten pfälzischen Staatswaldungen. Die Verträge, die von der französischen Forstregie mit den Käufern abgeschlossen wurden, laufen bis zum Jahre 1927. Ganz abgesehen von den ungeheuren waldbaulichen und volkswirtschaftlichen Schädigungen wird durch dieses System des französischen Raubbaus die Reparationsfähigkeit Deutschlands aufs schwerste vermindert und die Durchführung des Sachverständigengutachtens erschwert.

Sachverständigengutachten und Militärkontrolle.

Berlin, 21. Juni. Wie der „Zeit zufolge verlautet, wird der deutsche Botschafter in Paris v. Hoesch in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen, um über seine Besprechungen mit Herriot Bericht zu erstatten. Der amerikanische Botschafter in Berlin Houghton begibt sich am Sonntag nach den Vereinigten Staaten. Das Blatt nimmt an, daß auch diese Reise mit dem Sachverständigengutachten und seiner Durchführung in Verbindung stehe. Inzwischen seien die Vorarbeiten zur Durchführung des Dawesberichtes weiter gefördert worden. Die Eisenbahnvorlage sei in zweiter Lesung erledigt. Etwas mehr Schwierigkeiten bereiteten die Beratungen über die Belastung der Industrie, jedoch hoffe man, auch damit bis zum 30. Juni fertig zu sein.

In der Frage der deutschen Antwort auf die Note der Botschafterkonferenz über die Militärkontrolle ist, wie das Blatt mitteilt, noch keine Entscheidung getroffen. Das Reichskabinett werde sich erst Montag über die Antwort entgültig schlüssig werden; jedenfalls werde die deutsche Regierung bis zum 30. Juni antworten.

Die Reichsrichtzahl.

Berlin, 21. Juni. Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten, Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 18. Juni auf das 1,12 billionenfache der Vorkriegszeit (Vorwoche 1,13 Billionen). Es ist demnach eine Abnahme von 0,9 Prozent zu verzeichnen.

Oesterreichisch-Deutscher Volksbund.

Berlin, 21. Juni. Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund hielt heute abend seine diesjährige Bundestagung im Reichstagsgebäude ab. In längerer Beratung wurden für die zukünftigen Anschlußarbeiten u. a. folgende Richtlinien festgelegt: Abschluß einer Postkonvention zwischen Oesterreich und Deutschland, durch die Angehörige beider Staaten vom Aus- und Einreisevisum befreit werden sollen, Anträge an die Regierung, die Rechtsangleichung zwischen beiden Ländern zu fördern, die zahlreichen Benachteiligungen in Deutschland ansässiger ehemaliger Deutschösterreicher in fremden Rechtsfragen zu beseitigen und den Erwerb von Reichs- und Staatsangehörigkeit für Angehörige beider Länder zu erleichtern.

Das Heimatblatt für Stadt und Kreis Namslau

ist das

Namslauer Stadtblatt.

Wöchentlich 6 Ausgaben.

Die Städte- und Landgemeindeordnung.

Berlin, 20. Juni. Der Landtagsausschuß für die Städte- und Landgemeindeordnung beendete heute die zweite Lesung der Städteordnung. Anträge der Sozialdemokratie, die Vorschriften über die Sozialisierung wieder herzustellen, wurden abgelehnt. In § 130 wurde bestimmt, daß nur die Amtszeit der Ehrenbeamten mit dem Inkrafttreten der Städteordnung zu Ende gehen soll, während die der besoldeten Beamten weiter geht. Nach Beendigung der materiellen B[illegible] zur Zusammenstellung der Beschlüsse eine Redaktionskommission einzusetzen und vor Vornahme der dritten Lesung die zweite Lesung der Landgemeindeordnung vorzunehmen.

Die schwierige Lage der Ruhrzechen.

In der Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Ruhrzechen und in der Auffassung über die Haltung der Werksbesitzer während des Arbeitskonflikts im Ruhrbergbau ist zweifellos auch in dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter nahestehenden Teil der bürgerlichen Presse eine Wendung zu verzeichnen. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt u. a.:

„Es ist nicht weiter zulässig, daß die Regierung weiterhin Schiedssprüche in Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten fällt, die für die Ruhrzechen untragbar sind, ohne nach einem Ausweg zu suchen, der den Zechen die Möglichkeit gibt, existenzfähig zu bleiben. Im Zusammenhang hiermit sei noch das neue Reichsknappschaftsgesetz erwähnt, welches äußerst hohe Beiträge vorsieht. Diese bedeuten einen fühlbaren Faktor in der Preisbildung, zumal die Bergarbeiter ihre eigenen Beiträge durch höhere Lohnforderungen auszugleichen suchen. Es ist höchste Zeit, daß man Mittel und Wege sucht, durch welche den Zechen geldliche Erleichterungen verschafft werden, wenn sie nicht zum Erliegen kommen oder ausländischem Kapital allzusehr anheimfallen sollen.“

Die „Essener Volkszeitung“ weist darauf hin, daß die Staatszechen des Ruhrbergbaues von November 1923 bis Ende 1924 einen Gesamtzuschuß von mehr als 30 Millionen Goldmark erfordern werden und daß der private Ruhrbergbau seit Bestehen der Micum-Verträge 1/4 Milliarde an Schulden habe aufnehmen müssen. Das Blatt fügt hinzu:

„Diese Feststellung zeigt, wo die Quellen der andauernden Schwierigkeiten im Bergbau zu suchen sind: in der Ruhrpolitik Frankreichs. Andererseits zeigt sich aber auch, daß bei dieser Sachlage eine Nachgiebigkeit der Unternehmer nicht von deren Willen abhängig ist.“

Zu der Gesinnungsänderung dürften wohl neben den durch den Handelsminister bekanntgegebenen großen Verlusten bei den Staatszechen auch die Nachrichten über die drohende Stillegung kleinerer Ruhrzechen, die nach der vierwöchigen Arbeitsunterbrechung nicht in der Lage sind, die Mittel für die Fortführung ihrer Betriebe zu beschaffen, beigetragen haben.

Vermischtes.

Unterschlagungen bei einer Bank. Durch eine Revision sind bei einer Berliner Privatbank umfangreiche Unterschlagungen aufgedeckt worden. Einem aus Dirschau stammenden Arbeiter namens Breske ist es gelungen, sich bei der Bank ein Konto anzulegen und auf geheimnisvolle Weise nach und nach alle möglichen Effekten aus dem Tresor der Bank auf sein Konto überschreiben zu lassen. Der Kontoinhaber erschien dann von Zeit zu Zeit, hob die Effekten ab und verkaufte sie an Privatleute und andere Banken. Breske ist flüchtig.

Vom Vater ertränkt. In Frankfurt a. M. wurde an der Niederrader Schleuse die Leiche eines dreijährigen Kindes gelandet. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, ist das Kind von seinem eigenen Vater, dem Arbeiter Teplaff, einem arbeitsscheuen Menschen, der mit seiner Familie in Streit geriet, zunächst betäubt und dann ins Wasser geworfen worden, nachdem er dem Kinde einen Stein um den Hals gebunden hatte. Seine in einem Brief geäußerte Absicht, sich das Leben zu nehmen, scheint er indessen nicht ausgeführt zu haben, da er einige Tage nach Absendung des Briefes noch gesehen worden ist.

Straßenbahnunfall. Freitag morgen stieß ein Straßenbahnwagen in Pankow mit einem Milchauto der Firma Bolle zusammen. Die Plattform des Straßenbahnwagens wurde zertrümmert, zehn Personen wurden durch Glassplitter verletzt.

Der französische Botschafter in Berlin hat einen Urlaub von sechs Wochen angetreten, den er erbeten hat, weil er seit längerer Zeit Berlin nicht verlassen hat und einige Privatangelegenheiten erledigen will. Davon, daß er auf seinen Posten nicht wieder zurückkehrt, ist in Berlin, wie die „Zeit“ erklärt, nichts bekannt.

Die chinesische Ostbahn. Wie aus Peking gemeldet wird, erklärt China in seiner Antwort auf die japanische Note betreffend die Ostbahn, es bestreite, daß Japan Interessen und Vorrechte bezüglich dieser Bahn geltend machen könne. Die französische und die amerikanische Regierung, die China ebenfalls Noten gesandt haben, in denen sie an Chinas Verantwortlichkeit in der Ostbahnfrage erinnerten, erhielten eine Note in demselben Sinne. Die chinesische Regierung erklärte, die Ostbahnangelegenheit berühre einzig und allein Chinas und Rußlands Interessen und Rechte.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes für 1924, der demnächst dem Reichstag zugehen wird, schließt mit einem Zuschuß von rund 11 Millionen Goldmark ab. Für geheime Ausgaben, die nicht der Prüfung des Rechnungshofes unterliegen, sind 4 Millionen vorgesehen.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages beendete am Sonnabend die Beratung des Haushaltes der Bergverwaltung. Auf Anregung des Ministers wurde von allen Parteien ein Antrag angenommen, die Arbeiter und Angestellten des Saarbergbaues in der Wahrung ihrer nationalen Gesinnung mit aller Kraft zu unterstützen und alle Opfer französischen Terrors im deutschen Bergbau unterzubringen und gegen alle Angehörigen des deutsch-feindlichen Saarbundes, die sich im preußischen Staatsdienst befinden, disziplinarisch einzuschreiten.

Um Flatow-Krojanke. Das Reichsgericht hat die Revision des Preußischen Staates gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Marienwerder, durch das die Herrschaft Flatow-Krojanke als privates Fideikommiß der Karl-Linie des vormaligen Königshauses anerkannt wurde, zurückgewiesen. Bei der Urteilsverkündung wurde ausgeführt, daß die Wirksamkeit der letzwilligen Aufzeichnung Friedrich Wilhelms III. als Testament zwar durchaus zweifelhaft sei, daß aber die von dem König über die Herrschaft Flatow-Krojanke getroffenen Bestimmungen durch einen Regierungsakt seines Nachfolgers sanktioniert worden seien.

Wie der „Zeit“ mitgeteilt wird, hat das Reichswehrministerium jedes **Verleihen von militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken** sowie von Dienstwaffen an Privatpersonen, Vereine, Bünde und dergleichen verboten.

Die Ausgabe des „Namslauer Stadtblattes“ erfolgt nunmehr täglich von nachmittags 2 Uhr ab.

Lokales.

(Nachdruck unserer Originalberichte verboten.)

?? **Namslau,** 23. Juni.

= **Das Sommerfest des Bürgerlichen Radfahrervereins)** wurde am gestrigen Sonntag programmäßig abgehalten. Wenn auch nicht die Sonne ihre Strahlen herniedersandte, sondern der Himmel grau in grau gehüllt war, so blieb doch erfreulicherweise der Regen aus, und da zudem das Gewitter am Sonnabend keine nennenswerte Abkühlung nach der vorangegangenen afrikanischen Hitze der letzten Tage gebracht hatte, so war das mit großer Sorgfalt und Hingebung vorbereitete Sportfest von Besuchern aus Stadt und Land sehr gut besucht. Bis in die Abendstunden wogte eine frohgestimmte Menge auf dem Festplatze im Stadtpark, wo die Kreuzburger Stadtkapelle nicht müde wurde, sehr gefällige Weisen — ältere und neuere — zu Gehör zu bringen.

Den Glanzpunkt des Programms bildeten die sportlichen Vorführungen, die auf einem eigens dafür hergestellten Podium sich abspielten.

Das Publikum sah zuerst einen Sechser-Reigen, der von

der 2. Mannschaft unter Musikbegleitung korrekt und sicher gefahren wurde. Daran schloß sich nach einer Konzertpiece ein Sechser-Reigen der 1. Mannschaft, der in seinen äußerst schwierigen Evolutionen mit beispielloser Exaktheit zur Geltung kam. — Das nunmehr einsetzende Kunstfahren von den Sportskameraden Neumann und Albinsky jun. zeigte Leistungen, wie selbst Akrobaten nicht bessere bieten können. Der Bürgerliche Radfahrer-Verein kann stolz sein, unter seinen Mitgliedern Kräfte zu besitzen, wie solche in anderen Provinzvereinen wohl kaum gefunden werden dürften. — Im Geschicklichkeits-Fahren — Fahren in Schlangenlinie um aufgestellte Flaschen bezw. Aufheben von Flaschen während der Fahrt und Hinstellen derselben an einen anderen Platz — errangen: Fritz Schwuntek 24 Punkte, Breßler Otto 23½ Punkte, Neumann 17 Punkte, Albinsky jun. 16 Punkte, Breßler Karl 16 Punkte. — Bei dem technisch tadellos durchgeführten Radballspiel der II. Mannschaft konnten Otto Breßler und Hirsch den Sieg mit 4—2 gegen Soyka—Fidika behaupten. — Zum ersten Mal präsentierte sich die Jugendabteilung des B. R.-V. mit staunenswerter Geschicklichkeit im Radballspiel, wobei es den Knaben Reichert und Thienel gelang, ihre Altersgenossen Selge—Pawlowsky mit 6—2 zu schlagen. — Das große Treffen der 1. Mannschaft mußte wegen Maschinendefektes abgebrochen werden, was allgemein bedauert wurde.

Die Tanzdiele zog insbesondere die junge Welt mächtig an, umsomehr, als die Musik von dem gesamten Orchester ausgeführt wurde, was heutzutage eine Seltenheit ist, sich die Tänzer vielmehr mit Salonmusik meistens begnügen müssen. — Die Verlosung erfreute sich gleichfalls eines regen Zuspruchs; die Hauptgewinne — ein neues Fahrrad aus renommierter Fabrik, ein Regulator und Chaiselongue — waren doch allzu verlockend, um nicht einen Obulus oder mehrere zu opfern. — Die Kinderbelustigungen, wofür wie immer an seinen Festen der Radfahrer-Verein gedacht hatte, lösten einen Jubel aus, und große Freude strahlte auf den Gesichtern der Kinder, als ein Fackelzug inszeniert wurde, der sich in verschiedenen Windungen über den Festplatz und die angrenzenden Teile desselben bewegte, was einen überaus schönen Anblick gewährte. Dasselbe gilt von der feenhaften Illumination des Parkes und dem abgebrannten Brillant-Feuerwerk, deren farbige Lichtreflexe von ausnehmender Schönheit waren und ein allgemeines Entzücken auslösten. — Es war schon sehr spät geworden, als man hätte singen können: „Unter allen Wipfeln ist Ruh!" Wir können dem Radfahrerverein auch zu seiner diesmaligen Veranstaltung gratulieren und dem Festausschuß wie auch dem rührigen Vorstande die Versicherung geben, daß er durch die Darbietungen allen Besuchern wirklich angenehme Stunden bereitet hat. Der Gesamteindruck des Festes war ein vorzüglicher. — Nicht unerwähnt möge sein, daß der Stadtpark-Restaurationswirt Herr Lang es sich recht angelegen hat sein lassen, für das leibliche Wohl der Anwesenden bestens Sorge zu tragen. — All Heil!

In der am 11. Juni cr. stattgefundenen Kreistagssitzung wurden als **Kreisausschußmitglieder** im Wege des Verhältniswahlverfahrens gewählt:

1. Herr v. Heydebrand u. d. Lasa, Rittergutsbesitzer—Dammer,
2. Herr Jusek, Oberinspektor—Sterzendorf,
3. Herr Kursawe, Gutsbesitzer—Gr. Marchwitz,
4. Herr v. Lösch, Rittergutsbesitzer—Lorzendorf,
5. Herr Quak, Bauergutsbesitzer—Glausche,
6. Herr Seiffert, Bauergutsbesitzer—Bankwitz.

In den **Verwaltungsrat der Kreissparkasse** wurden im Verhältniswahlverfahren gewählt:

a) als Mitglieder:

1. Herr Katasterdirektor Conrad—Namslau,
2. Herr Lehrer Geisler—Hönigern,
3. Herr Kaufmann Schröter—Namslau,
4. Herr Kaufmann Zurawski—Namslau.

b) als Vertreter:

1. Herr Gutsbesitzer Fuhrmann—Dt. Marchwitz,
2. Herr Lehrer Prasse—Gr. Marchwitz,
3. Herr Lehrer Schreiber—Grambschütz,
4. Herr Kürschnermeister Slanina—Namslau.

Ferner wurden als **Vertrauensmänner zur Aufstellung der Schöffenlisten** nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt:

1. Herr Altmann, Gutsbesitzer—Glausche,
2. Herr Baumgart, Kreisausschußsekretär—Namslau,
3. Herr Hosemann, Schornsteinfegermeister—Namslau,
4. Herr Maskus, Gutsbesitzer—Eckersdorf,
5. Herr Pyttel, Dolmetscherinspektor—Namslau,
6. Herr Schröter, Kaufmann—Namslau,
7. Herr Zurawski, Kaufmann—Namslau.

= **Schützengilde.** Am Sonntag hielt die hiesige Schützengilde ihr übliches Sonntagsschießen ab. Nach Schluß desselben teilte Herr Schützenmeister Heinzelmann den anwesenden Schützenkameraden mit, daß sich heut ein Jubilar in ihren Reihen befinde und dies Herr Schneidermeister Jendrzy sei. In einer längeren Ansprache beglückwünschte er den Herrn Jubilar aufs herzlichste und stellte denselben als Vorbild und pflichttreues Mitglied, besonders den jüngeren Schützenbrüdern vor. Mit einem Hoch auf den Gefeierten schloß Herr Heinzelmann seine Ansprache.

= **Postalisches.** Vielfach ist die Ansicht verbreitet, daß der Betrieb einer Rundfunkempfangsanlage mit Detektorapparaten nur dann gebührenpflichtig sei, wenn zum Auffangen der Nachrichten usw. eine Außen- oder Freiantenne verwendet wird, und daß der Betrieb mit einer Zimmer- oder Innenantenne (z. B. der Licht- oder Klingelleitung, dem Fahrradgestell oder der Bettmatratze, dem Piano oder dem Balkongitter usw.) gebührenfrei sei. Diese Auffassung ist falsch und kann recht unangenehme Folgen haben, die in der Verordnung zum Schutze des Funkverkehrs vom 8. 3. 1924 begründet sind. Nach § 2 dieser Verordnung ist der Betrieb einer Funkanlage ohne vorherige Genehmigung der Deutschen Reichspost verboten und unter harte Strafen gestellt. Schon der Versuch der Errichtung einer Funkanlage ist strafbar. Bei dem Betrieb der Funkanlage ist es nebensächlich, ob eine „Innen-" oder „Außenantenne" verwendet wird. Die an die Deutsche Reichspost zu zahlende Monatsgebühr stellt keine „Steuer" oder „Anerkennungsgebühr" für die Antenne oder den Apparat dar, wie vielfach angenommen wird, sondern bildet den kleinen Beitrag, den jeder Teilnehmer für den Betrieb der Rundfunksendeanlage und die Beschaffung des Unterhaltungsstoffes, die Darbietungen der Künstler usw. zu entrichten hat. Es ist dabei selbstverständlich völlig gleichgültig, ob die Darbietungen mit einer Außenantenne oder einer Behelfsantenne im Zimmer aufgenommen werden. In beiden Fäben ist der Monatsbeitrag von 2 M. zu entrichten und zwar nicht erst, wenn z. B. der selbsthergestellte Detektorempfänger völlig zufriedenstellend arbeitet, sondern bevor zu dem Bau und der Errichtung der Empfangseinrichtung geschritten wird. — Die Anmeldungen zur Teilnahme am Rundfunk können in einfachster Form persönlich, schriftlich, am Fernsprecher, durch Boten, durch das Geschäft, bei dem der Apparat gekauft wird, und durch den Briefträger des betreffenden Postamtes erfolgen. Jedem Wunsche ist Rechnung getragen, die Gebühr ist so gering, daß niemand Veranlassung hat, die Anmeldung zu versäumen und sich der Gefahr einer harten Strafe auszusetzen.

= **(Die längsten Tage)** mit einer Sonnenaufgangszeit von 3 Uhr 39 Minuten und einer Sonnenuntergangszeit von 8 Uhr 24 Minuten, haben begonnen. Damit treten auch die „hellen Nächte" in Erscheinung, in denen es nicht mehr ganz dunkel wird.

= **(Münzenprägungen im Mai.)** In den deutschen Münzstätten wurden im Mai 14,0 Millionen Mark Einmarkstücke, 26,8 Millionen Dreimarkstücke, 0,001 Millionen Mark Einpfennigstücke, 0,2 Mill. Mk. Zweipfennigstücke, 1,3 Mill. Mk. Fünfpfennigstücke, 2,6 Mill. Mk. Zehnpfennigstücke und 14,2 Mill. Fünfzigpfennstücke ausgeprägt. Hierdurch erhöht sich der Umlauf an Reichssilbermünzen auf 47,3 und der an Rentenpfennigmünzen auf 97,3 Millionen Mark.

Dammer. Während der Abwesenheit des Amtsvorstehers, Wirtschaftsdirektors Herrn Niklaus in Dammer in der Zeit vom 23. Juni bis 15. Juli cr. werden die Amtsgeschäfte des obengenannten Bezirks von dem Amtsvorsteher-Stellvertreter, Gutsbesitzer Herrn Schott in Dammer geführt werden.

Wie wird das Wetter? Das sagt uns das als zuverlässig bekannte Bayerwald Wetterhäuschen bereits 12—14 Stunden voraus. Wir empfehlen daher unseren Lesern einmal einen Blick in unsere heutige Beilage zu tun. Der billige Wetterprophet wird allen Lesern sehr willkommen sein.

Provinzielles.

Gleiwitz. Der Arbeiter Johann Kempa aus Bobrek, der im Juni 1921 während des Polenaufstandes den Gleisleger Riemer aufs grausamste ermordet und in einem Kornfelde bei Ruda verscharrt hatte, wurde vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Gottesberg. Auf der steil abfallenden Bergstraße von hier nach Ndr. Hermsdorf verunglückte ein Radfahrer, der durch den Sturz schwere Verletzungen erlitt. Sein Fahrrad ging völlig in Trümmer auf.

Ullersdorf bei Flinsberg. Vor einigen Tagen nachmittags, kurz vor Ankunft des gegen ½6 Uhr von Flinsberg fälligen Abendzuges lief ein ballspielendes Kind zwischen die Schienen des einfahrenden Zuges, dessen Führer beim Erkennen der drohenden Gefahr sofort Konterdampf gab. Im letzten Augenblick sprang die 10jährige Schwester des ahnungslosen Kindes beherzt hinzu und riß das kleine Schwesterchen vor der Lokomotive auf den Bahnsteig.

Schweidnitz. Ein 19jähriges Mädchen stürzte sich in selbstmörderischer Absicht in den Gemralteich. Der Kaufmann Max Brauer aus Wüstewaltersdorf beobachtete den Vorgang, sprang nach und brachte das Mädchen ans Land.

Dittersbach. In Bärengrund stürzte ein 2 Jahr alter Knabe in ein Schaff mit kochendem Wasser und starb infolge der erlittenen schweren Verbrennungen am nächsten Tage.

Lauban. In einem Nachbardorfe zeigten sich nach dem Genusse der beliebten Leinölpfandkuchen eigenartige Taumelerscheinungen. Nachforschungen über die Ursache ergaben, daß die Leinölkörnchen Beimischungen von Taumellolchsamen hatten, der jene Vergiftungserscheinungen hervorgerufen hatte. Man findet den Taumelloch, ein trespenförmiges Gras, auch hin und wieder unter dem Getreide.

Hindenburg. (Neue Schachtanlage). Vor ungefähr einem Monat hat die Donnersmarckhütte (Konkordiagrube) mit den Abteufungsarbeiten begonnen und bis jetzt ist eine Teufe über 40 Meter erreicht worden. Die Gesellschaft arbeitet mit den modernsten technischen Einrichtungen an der Anlage und es sollen, hinsichtlich der weiteren Teufe, günstige Resultate erzielt worden sein.

Ohlau. (Raupenplage). In immer stärkerem Maße macht sich dies Jahr die Raupenplage bemerkbar. Wenn man die Landstraßen, besonders des südlichen Teiles des Kreises, durchfährt, bemerkt man, daß an vielen Stellen die Obstbäume völlig kahl gefressen sind. Vor allem handelt es sich um Birn- und Apfelbäume, aber auch Kirschen werden nicht verschont. Besonders die Landstraße Krausenau—Gusten gewährt einen traurigen Anblick. Aber auch Gärten werden schwer heimgesucht; so ist z. B. einem Besitzer in Klein-Peiskerau die gesamte Obsternte vernichtet, und schon wandern die Raupen in die nächsten Gärten, sodaß u. a. auf dem dortigen Dominium mehrere Frauen allein damit beschäftigt sind, die Raupen zu Hunderten und Tausenden abzulesen, um noch zu retten, was zu retten ist.

Neisse, 20. Juni. In der Aula des städtischen Realgymnasiums fand eine öffentliche Protestversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins gegen die Verschärfung der Zwangswirtschaft und die steuerliche Erdrosselung der Hauseigentümer statt. Es wurde eine Entschließung gegen die Erhöhung der Hauszinssteuer und die Einziehung durch den Hauseigentümer angenommen.

Neueste Nachrichten.

(Wolff-Depeschen.)

Rom, 22. Juni. Cesare Rossi, vormaliger Leiter des amtlichen Pressebüros, nach dem die Polizei fahndete, hat sich heute nachmittag den Gerichtsbehörden gestellt.

Hagen, 22. Juni. In der Zwischenrunde um die deutsche Meisterschaft im Handball, siegte die südostdeutsche Meistermannschaft Breslauer Sportfreunde gegen den westdeutschen Meistersportklub Hagen 05 mit 3 : 1.

Paris, 21. Juni. Havas meldet aus London: Die Reise Herriots nach London ist ohne den geringsten Zwischenfall verlaufen. Während der ganzen Fahrt von Paris nach Calais hatte Herriot mit General Nollet und Peretti della Roco Beratungen gepflogen. Im Laufe dieser langen Beratungen hat der Ministerpräsident mit seinen Mitarbeitern die Festlegung aller der Punkte beendet, die er Macdonald im Namen der Regierung auseinandersetzen will und die sich sowohl auf die Reparationen wie auf die Sicherheitsfrage beziehen.

Liegnitz, 22. Juni. Nach einer Meldung des Liegnitzer Tageblatts aus Krummhübel, ist auf dem Bahnhof die 53jährige Gattin des Amtsgerichtsrats Klausen aus Flensburg, die in Schreiberhau zur Sommerfrische weilte, infolge einer plötzlichen Ohnmacht unter den einfahrenden Zug geraten. Sie erlag nach kurzer Zeit ihren schweren Verletzungen.

Dessau, 22. Juni. Die Wahlen zum Anhaltschen Landtag sind ruhig verlaufen. Bis 12 Uhr nachts lagen bis auf 2 industriellen Gemeinden die möglicherweise noch eine kleine Verschiebung bringen, Ergebnisse vor. Danach erhielten: D. V. P. 6 Sitze, Bodenreformer 1, Dem. 1, Landbund 3, Dt. Völkische 2, Deutschnationale 4, Hausbesitz (Stadt und Land) 1, Wirtschaftspartei 1, Kommunisten 4, Sozialdemokratie 13. Die einzelnen bürgerlichen Gruppen waren mit den beiden Hauptgruppen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen eine Listenverbindung eingegangen, wodurch die einzelnen Reststimmen gegenseitig verrechnet wurden.

London, 22. Juni. Nach Ausgabe des Communiques haben Mac Donald und Herriot beschlossen folgenden Zusatz zu veröffentlichen: Angesichts der Schwierigkeiten, die nicht nur die beiden Länder sondern die gesamte Welt beeinflussen, haben wir uns dahin verständigt, unter uns einen moralischen Pakt zum Zwecke fortgesetzter Zusammenarbeit zu schließen.

(Privat-Telegramme.)

Berlin, 23. Juni.

— Wie die Montagpost aus Hamburg berichtet, wurde im Dorfe Sprötze im Kreise Hamburg ein umfangreicher Urnenfriedhof aufgefunden. Auf einem 4 ha großen, mit einigen Kiefern bestandenen Heidestück wurden über 50 Grabstätten freigelegt. Die Urnen enthalten Menschenasche und einige Eisenteile. Dieser Friedhof dürfte einige Jahrhunderte v. Chr. angelegt worden sein.

— Gestern nachmittag wurde auf der Trainerbahn in Karlshorst eine etwa 28 bis 30 Jahre alte, gutgekleidete Frau tot aufgefunden. Die Leiche weist eine Schußwunde in der linken Brust auf. Allem Anschein nach liegt ein Raubmord vor.

— Beim Hamburger Derby gewann den großen Hansapreis (Ehrenpreis und 30000 Mark) über 2200 m Backes Barde, während Augias zweiter wurde.

Staatliche Lotterie - Einnahme

Haesler

Namslau, Ring 26

Postscheckkonto Breslau 71158.

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 21. Juni 1924 gezahlten Preisen in Goldmark (1 Goldmark = 4/10 Dollar) ab schlesischer Verladestation. Tendenz: Getreide: Matt. — Futtermittel: Fast geschäftslos. — Mehl: Matt.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

Getreide:	21.	20.	Oelsaaten:	21.	20.
Weizen	13,00	13,30	Raps, Winter	—	23
Roggen	11,30	11,50	Leinsamen	—	25
Hafer	12,00	12,00	Senfsamen	—	—
Braugerste ...	13,50	13,50	Hanfsaat	—	—
Mittelgerste ..	12,50	12,50	Mohn, blau ..	—	60
Futtergerste ..	10,50	10,50			

Die Preise verstehen sich bei sofortiger Bezahlung.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter **Margarete** mit dem Lehrer Herrn **Gustav Kartschoke**, Wilkau, Kreis Namslau zeigen hiermit ergebenst an

Kaufmann Paul Heck und Frau Klara
geb. Kadur.

Bad Charlottenbrunn, Juni 1924.

Margarete Heck
Gustav Kartschoke
Verlobte.

Bad Charlottenbrunn Wilkau, Kr. Namslau.

Für die uns anläßlich unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten

danken herzlich.

Namslau, im Juni 1924.

J. Schebiella und Frau
Helene, geb. Czech.

Maschinen, Kessel, Lokomobilen, Behälter
maschin. Einrichtungen jeder Art
ALTEISEN
Brennereien Fabriken
Bahnmaterial Transmissionen
kauft und liefert
R. FISCHER · BRESLAU 8
OFENER-STR. 93-95 · TEL. R. 1269 u. 7091
Nachweis wird honoriert.

Zur
Ausführung sämtlicher Reparaturen
an
Automobilen, Motorpflügen u. Motorrädern
zu bekannt billigsten Preisen empfiehlt sich

Woitas & Sichla, Namslau
Kasernenstraße am Bahnübergang.

Kantholz
in bester Kiefer in allen Stärken
sowie Dielung- und Schalbretter
sofort lieferbar
bei reellster Bedienung.

Kurt Guttmann
Holzgroßhandlung
Namslau, Fernsprecher 62.

Landwirtschaftskammerwahlen.

Die Wahlen finden am
Sonntag, den 29. Juni 1924
in der Zeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 6 Uhr
statt. Die Wahlhandlung ist öffentlich.

Es ist nur ein Abstimmungsbezirk gebildet, der die gesamten Wahlberechtigten der Stadt Namslau umfaßt.

Abstimmungsraum: Evangelische Volksschule.
Abstimmungsvorsteher: Hegemeister Hillmann.
Abstimmungsvorsteher-Stellvertreter: Dachdeckermeister Wieloch.

Namslau, den 21. Juni 1924.

Der Magistrat. Dr. Lober.

Henkel's Bleich- u. Waschmittel
gibt schneeweiße Wäsche
spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche
Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Heimatverband Schlesien
Kreisgruppe Namslau.

Deutsche Frauen und Männ[illegible] Namslau, ehret unsere gefallenen Helden, welche ihr Herzblut fürs Vaterland gegeben haben. Vergeßt sie nicht, haltet sie in steter Erinnerung. Zufolge der Inflation und anderer Umstände wurde der Denkmalsbau hinausgeschoben. Das Denkmal wird gebaut! Der Heimatverband Schlesien bittet alle Bürger unserer Stadt recht herzlich: „Helft uns den Bau beschleunigen"

Das Heranschaffen von Schutt und Asche auf die Insel ist von großer Wichtigkeit, um dieselbe aufzufüllen. Die Hausbesitzer bitten wir ganz besonders, die mit dem Wegschaffen von Müll und Schutt beauftragten Personen darauf hinzuweisen. Für jede Menge sind wir dankbar, nur auf diese Weise ist eine Verbilligung und Beschleunigung des Baues möglich.

Wir bitten nochmals dringend, uns mit allen Kräften zu unterstützen, daß die Grundsteinlegung alsbald erfolgen kann.

J. A.: Hosemann.

Thiele & Schein m. b. H.
Faser-Erzeugnisse
Breslau I, Königstrasse 5
(an der Schweidnitzer Straße)

Bindegarne
für Mähmaschinen und Strohpressen, und landw. Seilerwaren
zu äußerst günstigen Preisen
Telegr.-Adr.: Kraftfaser. Fernruf jetzt Ohle 4873.
Wir unterhalten große Läger in
Breslau, Görlitz, Berlin, Königsberg

Prima O.-S. Steinkohlen
„ Niederschles. Schmiedekohlen
„ Braunkohlenbriketts (Ilse)
„ Koks
Brennholz
offeriert waggonweise und ab Lager zu billigsten Tagespreisen

Gustav Fuhrig
Kohlengeschäft.

Hafer- und Roggenstroh
lose und gepreßt
wird an jedem Wochentage von vormittag 7—11 Uhr, nachmittag von 1—6 Uhr auf dem Gutshofe
verkauft.

Gutsverwaltung Minkowsky.

Wir sind unter
No. 94
an das Fernsprechnetz Namslau angeschlossen.

Namslauer Druckerei-Gesellschaft
m. b. H.
„Namslauer Stadtblatt".

Komplette Wohnungseinrichtungen
Neuzeitliche Küchen, sowie Ergänzungsstücke
(neu und gebraucht)
reell und preiswert bei
Richard Glump, Tischlermeister
Hundsfeld, Görlitzerstraße 14 a.

Mandolinen
Lauten
Guitarren
Geigen

Schulen und sämtliche Ersatzteile

Zier- und Tragebänder
empfiehlt

H. Leppin
Namslau, Ring 28.

Sauberes Mädchen
für den Haushalt
zum 1. Juli
gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Geld in jeder Höhe zu vergeb. **Heiduck**, Breslau, Glog. Str. 15. Rückp. beif.

Jeden Posten
Landeier
kauft
Walter Kahl
Namslau, Klosterstraße 23
(zur Friedenseiche). **Tel. 90.**

Schicken Sie mir ein **Bayerwald-Wetterhäuschen** mit Thermometer unter Nachnahme von 1.80 ℳ.

Name: .....

Stand: .....

Wohnort: .....

Post: .....

Bezirk: .....

Postkarte.

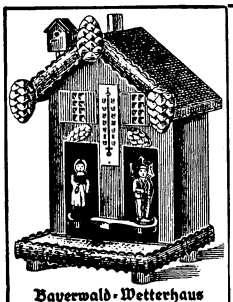
Marke

Herrn

Th. Lauser

Abt. Gebrauchsartikel

Regensburg.



Bayerwald-Wetterhaus zeigt lange vorher das Wetter an

Der Wetterprophet.

Wer kennt sie nicht — die bekannten Wetterhäuschen?

Dieselben sind nicht nur ein praktischer Wetteranzeiger, sondern nebenher auch ein schönes Schmuckstück und gereichen vor allem auch den Kindern zur Freude. Besonders sind diese Wetterhäuschen ein recht zweckmäßiger Geschenkartikel für alle Gelegenheiten, über den sich jedermann freut, vereinigt doch dasselbe einen praktischen Gebrauchsgegenstand mit einem schönen Zimmerschmuck. Der Witterungswechsel wird durch meine **Bayerwald-Wetterhäuschen** bereits 12—24 Stunden vorher angezeigt. Tritt die Frau im Sonntagsstaat aus dem Häuschen, gibt es gutes Wetter, tritt der mit dem Regenschirm bewaffnete Mann heraus, dann gibt es schlechtes Wetter.

Bayerwald-Wetterhäuschen in der Ausführung, wie nebige Abbildung zeigt, kostet das Stück 1.80 ℳ.

Porto und Verpackung werden billigst berechnet. Man benütze zur Bestellung kehrseitige Bestellkarte.

Th. Lauser.